

Das HIS-HE-Team des Geschäftsbereiches Hochschulinfrastruktur berichtet im HIS-HE:Mitteilungsblatt regelmäßig über Themen unseres Arbeitsgebietes. Diese reichen von Arbeits- und Gesundheitsschutz, über Nachhaltigkeit, Energie und Klimaschutz bis zu Bau- und Gebäudemanagement.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen mit unserem aktuellen Mitteilungsblatt.

Inhaltsverzeichnis

- 10 Jahre HIS-HE - Hochschulzukunft? Gestalten!
- Veranstaltung Arbeitsschutz: Good Practice
- Schnellbauverfahren — aktuelle Empfehlungen
- Austauschrunden zur innovativen und regenerativen Wärmeversorgung
- Workshops zur Gesundheitsförderung
- Zwischen Denkmalschutz, Klimaschutz und Zukunftsfähigkeit
- Veranstaltungshinweise

■ 10 Jahre HIS-HE – Hochschulzukunft? Gestalten!

Dr. Grit Würmseer

Rückblick mit Weitblick

Seit nunmehr zehn Jahren begleitet das HIS-Institut für Hochschulentwicklung (HIS-HE) Hochschulen, Wissenschaftseinrichtungen und Ministerien bei der Gestaltung zukunftsfähiger Strukturen. Gegründet am 1. Januar 2015, geht HIS-HE jedoch auf eine deutlich längere Geschichte zurück: Bereits 1969 wurde die HIS GmbH als Projekt der VolkswagenStiftung ins Leben gerufen – mit dem Ziel, ein Hochschul-Informationssystem für Strukturplanung und Verwaltung aufzubauen.

Das heutige HIS-HE entwickelte sich aus der Abteilung für Kapazitäts- und Organisationsuntersuchungen, die 1976 gegründet wurde und sich innerhalb der HIS GmbH kontinuier-

lich weiterentwickelte. Im Zuge der Föderalismusreform 2006 und der damit verbundenen Neuordnung bildungspolitischer Zuständigkeiten wurde die organisatorische Trennung der drei Unternehmensbereiche der HIS GmbH vorangetrieben – darunter auch die Hochschulentwicklung.

Nach einer intensiven Phase der Evaluation, Diskussion und Neuausrichtung wurde HIS-HE 2014 von allen 16 Bundesländern gemeinsam als Verein gegründet. Ein mutiger und gemeinschaftlicher Schritt, der den Grundstein für unsere heutige Arbeit legte.

Zukunft gestalten – aus Erfahrung und Überzeugung

Heute ist HIS-HE ein bundesweit anerkanntes Kompetenzzentrum für Hochschulentwicklung. Mit den drei Bereichen Bauliche Hochschulentwicklung, Hochschulinfrastruktur und Hochschulmanagement beraten wir zu Fragen rund um Bau, Nutzung und Betrieb, Organisation, Steuerung und Strategieentwicklung. Unsere Studien schaffen eine fundierte Wissensbasis, auf der Hochschulen und Ministerien zukunftsweisende Entscheidungen treffen können.

Unsere Rolle ist dabei stets doppelt: Als neutraler Mittler zwischen den Beteiligten – und als Impulsgeber für nachhaltige und tragfähige Lösungen. Der Erfolg unserer Arbeit beruht auf einer engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit unseren Partnern und nicht zuletzt auf der fachlichen Kompetenz und dem Engagement unserer Mitarbeitenden.

Jubiläum im Zeichen der Zukunft

Im Zentrum unserer Arbeit steht immer die Frage: Wie kann Hochschulentwicklung heute gestaltet werden, um den Herausforderungen von morgen gerecht zu werden? Wie verändert sich Lehren, Lernen und Forschen? Welche Strukturen fördern Innovation, Nachhaltigkeit und Qualität? Und wie sieht der Hochschulbau für morgen aus?

Diese Themen standen auch im Mittelpunkt unseres Jubiläums am 26. Juni 2025. Unter dem Motto „Hochschulzukunft? Gestalten! 10 Jahre HIS-HE“ feierten wir mit über 140 Gästen im Alten Rathaus in Hannover. Das Programm spannte einen Bogen vom historischen Rückblick über aktuelle Impulse bis hin zum Zukunftsdialog.

Neben Grußworten und einem Rückblick auf die Geschichte von HIS-HE begeisterte Zukunftsforscherin Lena Papasabbas (the Future:Project) mit Ihrer Keynote „Zeiten der Transformation: Neue Erkenntnisse aus der Zukunftsforschung.“ In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Prof. Dr. Alexandra den Heijer (TU Delft), Dr. Insa Großkraumbach (Wissenschaftsrat), Prof. Dr. Isa Jahnke (TU Nürnberg) und

Lena Papasabbas über digitale Transformation, Campusentwicklung und interdisziplinäres Lernen. Moderiert wurde die Diskussion von Dr. Jan-Martin Wiarda.

Ein inspirierender Tag, der Mut machte, weiterzudenken – und ein schöner Anlass, um Dank auszusprechen: an alle, die unsere Arbeit mittragen, begleiten und möglich machen. Wir freuen uns auf die kommenden Jahre der gemeinsamen Weiterentwicklung.

■ Veranstaltung Arbeitsschutz: Good Practice

Carina Koska

Von Erfahrungen lernen: 10. Austauschworkshop „Good Practice Arbeitssicherheit an deutschen Hochschulen“

Arbeitssicherheit ist und bleibt ein zentrales Thema an Hochschulen – nicht nur aus gesetzlicher Verpflichtung heraus, sondern auch als Grundlage für exzellente Forschung, Lehre und Verwaltung. In diesem Kontext hat sich der jährliche Austauschworkshop „Good Practice Arbeitssicherheit an deutschen Hochschulen“ als wichtiger Impulsgeber etabliert. Die inzwischen zehnte Ausgabe des Formats fand am 20.-21. Mai 2025 in den Räumen von HIS-HE in Hannover statt.

Leitende Fachkräfte für Arbeitssicherheit von Universitäten aus Berlin, Göttingen, Hamburg, Hannover, Kassel und München kamen zusammen, um sich über aktuelle Herausforderungen, Lösungsansätze und bewährte Praktiken im Arbeitsschutz auszutauschen. Dabei ging es nicht nur um den fachlichen Dialog, sondern auch darum, voneinander zu lernen, Synergien zu nutzen und den Arbeitsschutz im Hochschulkontext gemeinsam weiterzuentwickeln.

Aktuelle Themen im Fokus

Der inhaltliche Fokus des zweitägigen Workshops lag auf praxisnahen und aktuellen Fragestellungen des Arbeitsschutzes, mit denen sich Hochschulen derzeit besonders beschäftigen. Ein Thema war beispielsweise die neue Gefahrstoffverordnung, insbesondere im Hinblick auf Asbest in Baumaterialien wie Putzen, Spachtelmassen und Fliesenklebern. Auch das Thema „New Work“ wurde intensiv beleuchtet. Denn flexible Arbeitsmodelle, hybride Arbeitsformen und neue Raumkonzepte bringen nicht nur Chancen, sondern auch neue Anforderungen an Sicherheit und Gesundheitsschutz mit sich. Weitere Themen reichten von Notfallkonzepten bei Stromausfällen – am Beispiel eines Blackout-Tests in einem Hochsicherheitslabor der Schutzstufe 3 – bis zu Verfahren zur Prüfung und Optimierung des Raumluftwechsels in sensiblen Arbeitsumgebungen. Solche Beispiele zeigen: Arbeitssicherheit an Hochschulen ist komplex, interdisziplinär und erfordert maßgeschneiderte Lösungen.

Dies wurde in einem Fachvortrag von Thomas Peter von der Stabsstelle Arbeitssicherheit der Leibniz Universität Hannover anhand einer Belastungsanalyse zu Vibration und Schall für Beschäftigte am Zentrum für Hochschulsport bei der Pfler-

ge von Außenanlagen verdeutlicht. Die Ergebnisse zeigten unter anderem, dass motorbetriebene Maschinen und Handwerkzeuge die Beschäftigten unterschiedlich stark durch Lärm sowie Hand-Arm- und Ganzkörper-Vibrationen belasten. Daraus ergeben sich zeitliche Einsatzgrenzen sowie Empfehlungen für organisatorische und persönliche Schutzmaßnahmen wie Unterweisungen oder angepassten Gehörschutz. Durch die Analyse konnten konkrete Verbesserungen in der dezentralen Arbeitsschutzorganisation erzielt werden.

Digitalisierung als Zukunftsthema

Ein weiterer zentraler Punkt des Workshops war die Digitalisierung im Arbeitsschutz. Vorgestellt wurde ein Online-Tool zur Erstellung, Dokumentation und Verwaltung von Gefährdungsbeurteilungen. Es soll die entsprechenden Abläufe effizienter gestalten. Auch elektronische Unterweisungen wurden als wichtiger Bestandteil moderner Arbeitsschutzstrukturen diskutiert. Sie ermöglichen eine zeit- und ortsunabhängige Schulung von Mitarbeitenden, was vor allem für große, dezentral organisierte Hochschulen von Vorteil ist.

Mit großem Interesse wurde zudem das Potenzial von KI im Arbeitsschutz betrachtet. Trotz aller Chancen waren sich die Teilnehmenden einig: KI kann unterstützen, ersetzt jedoch nicht die fachliche Expertise und Verantwortung der Sicherheitsfachkräfte.

Strukturelle Herausforderungen im Blick

Neben inhaltlichen und technologischen Aspekten wurden auch strukturelle Fragen erörtert. Insbesondere der Fachkräftemangel im Bereich Arbeitssicherheit sowie die zunehmende Mehrfachbelastung durch die Übernahme von Leitungs- und Organisationsaufgaben und von Aufgaben in anderen Themenfeldern neben der eigentlichen Arbeitssicherheitsfunktion stellen für viele Hochschulen eine wachsende Herausforderung dar. Der Austausch machte deutlich, wie wichtig strategische Unterstützung und die Verankerung des Themas Arbeitssicherheit auf Leitungsebene sind, um wirksame Schutzmaßnahmen dauerhaft umzusetzen.

Ein Forum für kollegialen Austausch

Der Workshop war geprägt von einem offenen, kollegialen Austausch auf Augenhöhe. Die Teilnehmenden betonten den Wert des überregionalen Netzwerks, um voneinander zu lernen, neue Impulse zu erhalten und gemeinsam praxisnahe Lösungen zu entwickeln. Angesichts neuer gesetzlicher Anforderungen, technischer Innovationen und sich wandelnder Arbeitswelten wird eine hohe Anpassungsfähigkeit immer wichtiger. Gerade deshalb ist ein kontinuierlicher Austausch unter Sicherheitsfachkräften von besonderer Bedeutung.

Fortsetzung folgt

Auch 2026 wird der Austauschworkshop „Good Practice Arbeitssicherheit an deutschen Hochschulen“ wieder eine Plattform bieten, um innovative Ansätze zu teilen, aktuelle Entwicklungen zu diskutieren und gemeinsam an einer sicheren und gesunden Hochschulwelt zu arbeiten.

■ Schnellbauverfahren — aktuelle Empfehlungen

Jana Stibbe, Ingrid Ostermann

Ländervergleich und Empfehlungen zur Anpassung der Bauverfahren

Im Rahmen der Grundgesetzänderung zur Errichtung eines kreditfinanzierten Sondervermögens des Bundes für Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz in Höhe von 500 Mrd. Euro ist geplant, 100 Mrd. Euro den Ländern zweckgebunden für die nächsten 12 Jahre zur Verfügung zu stellen. Einer von dem Investitionspaket adressierten Bereiche ist Bildung und Wissenschaft, wobei hier Mittel unter anderem für den Abbau des Sanierungsstaus an Hochschulen eingesetzt werden können. Darüber hinaus soll laut Koalitionsvertrag eine Schnellbauinitiative von Bund und Ländern zur Modernisierung, energetischen Sanierung und digitalen Ertüchtigung von Hochschulen und Universitätsklinika, inklusive Mensen und Cafeterien als befristetes Investitionsprogramm aufgelegt werden.

Zusätzliche finanzielle Mittel zur Reduzierung des Sanierungsstaus sind mehr als wünschenswert und angesichts der infrastrukturellen Zustände erforderlich. Zugleich sind neben fehlenden finanziellen Mitteln insbesondere die generell zu langen Hochschulbauverfahren zu monieren. Um (zusätzliche) Mittel effektiv einsetzen zu können, sind daher auch Anpassungen bei den Bauverfahren zum Hochschulbau insbesondere in Bezug auf Beschleunigung nötig.

Schon seit längerem befasst sich HIS-HE mit den Bauverfahren der Länder. Der Fokus richtete sich dabei auf die Verfahren für große Baumaßnahmen, das heißt Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (GNUE). Inkludiert sind darin Sanierungen, Ersatzneubauten, Umbauten, Erweiterungsbauten und Neubauten im Zuge von Flächenerweiterungen. Betrachtet wurden dabei ausschließlich Regelungen für Baumaßnahmen, bei denen die Landesbauverwaltungen die Bauherrenvertretung innehaben. Zunächst wurde der Ist-Zustand der Bauverfahren in den Ländern erfasst und dokumentiert. Auf Basis dieser Datenerhebung wurden die aktuellen Verfahren in den Bundesländern im engen Austausch mit den verantwortlichen Akteur:innen der zuständigen Wissenschafts-, Bau- und Finanzressorts sowie mit Hochschulvertreter:innen vergleichend analysiert, um darauf aufbauend Empfehlungen für eine Verschlinkung und Optimierung der Verfahren zu entwickeln. Die Empfehlungen sind unter dem Titel „Schnellbauverfahren im Hochschulbau“ im April 2025 als HIS-HE:Forum 1|2025 veröffentlicht. Für das aktuelle Investitionspaket sowie die mögliche Schnellbau-Initiative von Bund und Ländern entsprechend dem Koalitionsvertrag können die Empfehlungen Anhaltspunkte für die Umsetzung bieten, so dass Verfahren erprobt und bei erfolgreicher Anwendung für zukünftige Verfahren für große Baumaßnahmen verstetigt werden könnten.

Viele der teils detaillierten Empfehlungen lassen sich im Sinne von „Bausteinen“ losgelöst voneinander umsetzen bzw. in bestehende Verfahren integrieren. Überdies ist die Umsetzung aller Bausteine in einem Zuge möglich, da diese aufeinander abgestimmt sind. Es obliegt den Bundesländern zu prüfen und zu entscheiden, welche Anpassungen jeweils geeignet erscheinen. Aus Perspektive von HIS-HE kann ein optimiertes Verfahren, welches die Grundprinzipien aus den Empfehlungen aufnimmt, zu signifikant schnelleren Bauverfahren führen. Zudem sind mit den Optimierungen deutliche Kosteneinsparungen verbunden. Personalintensive und zeitaufwendige Verfahrensschritte werden nach hinten verlagert. So wird vermieden, dass aufwendige Planungsleistungen für Baumaßnahmen erbracht werden, die unter Umständen gar nicht realisiert werden. Auch Kostensteigerungen durch Baupreissteigerungen werden durch kürzere Verfahren minimiert. Wichtige Kriterien bei der Erarbeitung der Empfehlungen war zum einen, dass Entscheidungen über Baumaßnahmen fundiert und transparent auf Basis vorhandener Daten getroffen werden. Zum anderen war wichtig, dass sowohl für die ministerielle Seite als auch für die Hochschulen die Planungssicherheit in Bezug auf die Zurverfügungstellung von Budgets und zudem die Kosteneinhaltung sichergestellt werden kann.

Das HIS-HE:Forum 1|2025 Schnellbauverfahren im Hochschulbau. Ländervergleich und Empfehlungen zur Anpassung der Bauverfahren steht zum kostenlosen Download auf der HIS-HE-Website zur Verfügung: <https://his-he.de/publikationen/schnellbauverfahren-im-hochschulbau/>

Zusammenfassend hat HIS-HE vier Maßnahmen identifiziert, die eine entscheidende Beschleunigung und Schnittstellenreduzierung ohne Qualitätsverlust generieren können und die die Erfolgchancen auf Umsetzung bei Verfahrensbeginn erhöhen.

Maßnahme 1

Hochschulen sollten zukünftig nicht mehr Bedarfsanmeldungen zur Unterbringung beim Ministerium vornehmen, sondern in die Lage versetzt werden, selbst eine Priorisierung der erforderlichen Baumaßnahmen im Rahmen eines informellen Budgets vorzunehmen.

Durch diese Maßnahme wird die Verantwortung der Hochschulen für ihre Infrastruktur gestärkt, zugleich entfaltet die Maßnahme aber auch einen disziplinierenden Charakter, da nur solche Maßnahmen hochschulintern in einen Masterplan aufgenommen werden, die sich innerhalb des vorgegebenen Baubudgets bewegen. Zudem kann so Planungssicherheit für die Hochschulen und das Land hergestellt werden. Durch das Entfallen bzw. die Reduzierung von Genehmigungen durch die Ministerien bezüglich inhaltlicher und baulicher Notwendig-

keit der beantragten Baumaßnahmen können die Verfahren deutlich beschleunigt werden. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist:

Maßnahme 2

Seitens der Ministerien gilt, Vorgaben für Vorleistungen im Rahmen einer Hochschulstandortentwicklungsplanung inkl. der Ableitung von Baumaßnahmen für die Hochschulen und Landesbauverwaltungen als Bauherren- und Eigentümervertretung zur Wahrung der Einheitlichkeit zu machen. Die Hochschulen müssen im Zuge der Vorleistungen und als Grundlage für die Beantragung einer konkreten Baumaßnahme nachweisen, dass sie die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen umgesetzt und geeignete Methoden angewandt haben.

Die damit verbundenen Empfehlungen stellen sicher, dass eine sachliche und hinreichende Grundlage für die Priorisierung von Maßnahmen gegeben ist. Zudem wird gewährleistet, dass die Hochschulen verantwortungsvoll und im Sinne von Flächensuffizienz mit ihren vorhandenen Flächen und dem Umfang der zu beantragenden Baumaßnahmen umgehen.

Um die Ziele der Maßnahme 1 effizienter erreichen zu können, sind Änderungen der Haushaltssystematik unterstützend:

Maßnahme 3

In die jeweiligen Landeshauhalte sollte dauerhaft ein jährliches Hochschulbaubudget eingestellt werden. Nach der Entscheidung über die Durchführung einer Baumaßnahme durch das Wissenschaftsressort sollte dieses haushälterisch auf Grundlage der Hochschulstandortentwicklungspläne und durch Entscheidung seitens eines Ressorts, vorzugsweise des Wissenschaftsressorts freigegeben werden. Im Vorfeld gilt es, das landesseitige Hochschulbaubudget (informell) auf die jeweiligen Hochschulen zu verteilen.

Mit diesen Empfehlungen wird die Planungssicherheit sowohl für das Land hinsichtlich der Kosteneinhaltung als auch die Hochschulen hinsichtlich der vorhandenen Budgets sichergestellt. Zudem wird so ein Planungsbeginn zu jedem Zeitpunkt im Jahr ermöglicht.

Maßnahme 4

Bezüglich der Planungssicherheit wird zudem empfohlen, die Hochschulbaubudgets in den Einzelplan Wissenschaft oder das Kapitel Wissenschaft im Einzelplan Landesbau/Investitionen einzustellen. Die Hoheit über das Hochschulbaubudget im Landshaushalt soll dann bei den Wissenschaftsressorts liegen. Das Finanzressort ist im Rahmen der Aufstellung der Haushaltsplanung für die Festlegung der Höhe des Hochschulbaubudgets zuständig und wacht über die Einhaltung bei den Ausgaben. Diese Maßnahme ist allerdings nur dann wirkungsvoll, wenn sie auch mit einem jährlichem Baubudget unabhängig von konkreten Maßnahmen verbunden ist. Ergänzt wird der Haushaltsplan in der Anlage um eine Liste der vom Wissenschaftsressort genehmigten Baumaßnahmen im Hochschulbaubudgetrahmen. Damit wird die bisherige Praxis der Einzelveranschlagung je Baumaßnahme ersetzt.

Bei einer Verlagerung der Baubudgethoheit auf die Wissenschaftsressorts sind zusätzlich Anpassungen bei der Zusammenarbeit mit den Landesbauverwaltungen sinnvoll.

Mit dieser Maßnahme ist das Ziel verbunden, die Umsetzungschancen im Hochschulbau zu erhöhen, indem dieser separat vom sonstigen Landesbau betrachtet wird. Das heißt, die Priorisierung und Verteilung des Budgets erfolgt ausschließlich zwischen Hochschulbauvorhaben. Zudem können so zeitlich aufwendige Abstimmungs- und Entscheidungsschritte zwischen den Ressorts minimiert werden.

Hinweise zur Umsetzung der Maßnahmen

Die Maßnahmen 1 und 2, die sich auf die Hochschul- und Campusplanung beziehen, sind ohne Befassung der Parlamente umsetzbar und könnten somit zeitnah entschieden werden. Die organisatorischen Möglichkeiten (Flächenmanagement, Auslastung etc.) in den Hochschulen sollten ausgeschöpft werden. Vor allem auch der bauliche Zustand muss transparent erfasst und dargestellt werden. Eine systematische und für alle Hochschulen eines Landes einheitliche Vorgehensweise zur Eruierung von Baubedarken führt zur effizienteren und passgenaueren Steuerung der Maßnahmen des Landes im Hochschulbau sowie der dafür vorhandenen Finanzmittel. Dies beinhaltet, dass die Hochschule selbst gemeinsam mit der Landesbauverwaltung ihren Flächenbedarf eruiert und die mögliche Unterbringung klärt. Und nur wenn sich daraus eine Baumaßnahme ableitet, erfolgt eine Bauanmeldung beim Wissenschaftsressort (und nicht wie bisher eine Flächenbedarfsanerkennung und eine Klärung der Unterbringung durch Wissenschafts- und Finanzressort).

Die Maßnahmen 3 und 4, die sich auf die Landshaushaltsregeln beziehen, bedürften für eine Umsetzung in den Ländern einer Befassung und Entscheidung der Parlamente. Hinsichtlich der Aufgabenverteilung zwischen den Ressorts finden sich in den ausführlichen Empfehlungen auch Hinweise auf alternative Optionen, die – in Teilen auch ohne eine erforderliche Befassung der Parlamente – ebenfalls zu einer Beschleunigung beitragen können.

Um ein landeseinheitliches System zur Hochschul- und Campusplanung zu entwickeln, welches als Grundlage zur Ableitung konkreter Baumaßnahmen dient, sind sicherlich mehrere Jahre bis zur erfolgreichen Umsetzung an allen Hochschulen erforderlich. Aus diesem Grund braucht es für das aktuelle Sondervermögen sowie die geplante Schnellbauinitiative pragmatische Lösungen. Hier bietet sich an, anfänglich die Maßnahmen aufzunehmen, die vor der Haushaltsveranschlagung stehen. Parallel sollte begonnen werden, eine einheitliche Zustandsbewertung innerhalb der Länder für alle Hochschulliegenschaften vorzunehmen, um Sanierungsvorhaben auf Basis einheitlicher Kriterien zu priorisieren. Zudem gilt es den Suffizienz-Gedanken zu berücksichtigen, dass Sanierungen und Umbauten (inkl. Ersatzneubauten) Vorrang vor Flächenerweiterungen haben. In den Hochschulen selbst sollten zudem weitere organisatorische Maßnahmen (z. B.

Einführung eines effizienten Flächenmanagements, Sicherstellung von aktuellen Flächendaten, kontinuierliche Masterplanung) etabliert werden, um bei einer Verstetigung der angepassten Verfahren auf die nötigen Grundlagen zugreifen zu können.

Für eine intensivere Befassung mit dem Thema und der Herleitung unserer Empfehlungen sowie für einen Überblick über die aktuellen Bauverfahren und eines optimierten Bauverfahrens empfehlen wir die Lektüre des HIS-HE:Forum 1|2025.

■ Austauschrunden zur innovativen und regenerativen Wärmeversorgung

Cord Wöhning

Im ersten Halbjahr 2025 hat HIS-HE drei bundesweite Online-Austauschrunden zur innovativen und regenerativen Wärmeversorgung durchgeführt. In der ersten Runde stellte die Hochschule Geisenheim die Technologie einer geplanten Pyrolyse-Anlage vor. Inhaltlich wurden dabei außerdem die Herausforderungen der Planung sowie der notwendigen Finanzierung behandelt. Das besondere bei dieser Anlagentechnik ist nicht nur die Erzeugung von Strom und Wärme durch den Verbrennungsprozess von Biomasse. Gleichzeitig wird auch Pflanzenkohle und damit eine natürliche CO₂-Senke erzeugt, welche zu CO₂-Kompensationszwecken genutzt werden kann.

Konzepte zur Transformation der Wärmeversorgung von 8.000 landeseigenen Gebäuden in Baden-Württemberg wurden in der zweiten Runde durch das Ministerium der Finanzen vorgestellt. Auf der Grundlage des Energie- und Klimaschutzkonzepts für Landesliegenschaften 2030 des Ministeriums der Finanzen wurden Machbarkeitsstudien erstellt, die neben der bestehenden Fernwärmenutzung u. a. Wasserstoff-Strom-basierte Hybridmodelle, Geothermie sowie Fluss- und Seewassernutzung, Abwärmenutzung und Großwärmepumpen beinhalten.

In der dritten Austauschrunde stellten die Stadtwerke Lemgo ihr innovatives Kraft-Wärme-Kopplungssystem (iKWK) vor. Dieses bereits prämierte System besteht aus zwei Blockheizkraftwerken (BHKW), einer Solarthermieanlage und einer Flusswasser-Großwärmepumpe. Die Art der Wärmeerzeugung ist dabei so innovativ, dass sie im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) vom Bundesumweltministerium gefördert wurde.

Da Blockheizkraftwerke für gewöhnlich mit fossilem Gas betrieben werden, tauchte im Auditorium schnell die Frage nach der regenerativen Komponente dieser Technologie auf. Die Antwort ist, dass die BHKWs jetzt schon zum Teil mit Biomethan betrieben werden und in den nächsten Jahren auf grünen Wasserstoff umgestellt werden sollen. Aktuell werden ca. 20 % der Fernwärme in Lemgo CO₂-neutral bereitgestellt, womit ca. 6.160 t CO₂ pro Jahr eingespart werden können.

Ein Zwischenziel der Stadtwerke Lemgo ist, bis zum Jahr 2028 mehr als 55 % der Fernwärme regenerativ zu erzeugen.

Die drei Austauschrunden haben nicht zuletzt durch die Varianz bei den Vortragenden - von einer Hochschule, über ein Finanzministerium bis hin zu einem Stadtwerk - interessante und abwechslungsreiche Einblicke für die Zuhörenden garantiert. Zudem war im Anschluss an die Vorträge sowohl Zeit sowohl Zeit für die Beantwortung von Fragen aus dem Auditorium als auch für die Vorstellung weiterer Konzepte und bereits umgesetzter Lösungen im Bereich Wärmeversorgung an den verschiedenen Einrichtungen.

Auch im zweiten Halbjahr möchten wir die Veranstaltungsreihe fortsetzen. Bei Interesse an einer Teilnahme (Aufnahme in einen E-Mail-Verteiler zur Termin-Benachrichtigung) und vielleicht auch der Bereitschaft, einen eigenen Beitrag vorzustellen, wenden Sie sich gerne an Cord Wöhning.

✉ woehning@his-he.de

■ Workshops zur Gesundheitsförderung

Karin Binnewies

Dialogorientierte Workshopreihe zur Weiterqualifizierung von Hochschulen im Gesundheitsmanagement ist gestartet

Im Rahmen der Fortführung des Kooperationsprojektes „Weiterentwicklung des Reflexions- und Entwicklungsinstrumentes“ konnten zehn Gesundheitsmanager:innen beim ersten Workshop vom 17. – 18. Juni 2025 das Instrument kennenlernen und sich intensiv darüber austauschen.

Ziel der langjährigen Kooperation zwischen der Techniker Krankenkasse (TK) und dem HIS-Institut für Hochschulentwicklung e. V. (HIS-HE) ist die Unterstützung von Hochschulen auf dem Weg zur Gesunden Hochschule durch die Verbreitung und den gezielten Einsatz des Reflexions- und Entwicklungsinstrumentes (R&E Instrument). Durch die Verknüpfung des studentischen Gesundheitsmanagements (SGM) und betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) ist es möglich, ein ganzheitliches hochschulisches Gesundheitsmanagements abzubilden und eine fundierte Standortbestimmung vorzunehmen, um strategische Entwicklungspotenziale zu identifizieren. Das Reflexions- und Entwicklungsinstrument wurde in den vergangenen Jahren kontinuierlich als Qualitätsinstrument weiterentwickelt und Hochschulen wurden in der Anwendung unterstützt.

Als ein Baustein zur Zielerreichung dient u. a. die Durchführung einer dreiteiligen, dialogorientierten Workshopreihe. Dabei wird Hochschulvertreter:innen die Möglichkeit gegeben, sich im Bereich Gesundheitsmanagement zu qualifizieren und die Kenntnisse in ihrer Einrichtung umzusetzen. Die fachliche Grundlage für den strukturierten Austausch ist das Reflexions- und Entwicklungsinstrument mit seinen Handlungsfeldern und den operationalisierten Qualitätskriterien. Die Teilnehmer:innen lernen das Instrument im Aufbau und

in deren Anwendung kennen. Besonderer Wert wird auf die spezifischen Bedürfnisse kleinerer Hochschulen und den Zuständigkeiten im Gesundheitsmanagement gelegt.

Inhaltlicher Schwerpunkt der ersten Workshopeinheit im Juni in Fulda bildete die Aufbau- und Ablauforganisation der Hochschulen, die letztlich die strukturelle Verortung des Themas insgesamt in der Hochschule betrifft. Und damit in Verbindung stehend die Frage: Welche Stakeholder an der Hochschule beim Gesundheitsmanagement einzubeziehen? Geleitet wurde dieses Seminar von Dr. Brigitte Steinke (Projekt- und Prozessberaterin im Setting Gesunde Hochschule) mit Unterstützung von Bianca Dahlke (Referentin aus der Unternehmenszentrale der Techniker Krankenkasse).

Die Rückmeldungen zum Seminar waren durchgängig positiv und zeigen, wie praxisorientiert gearbeitet wird. Wichtig ist herauszufinden, wie man Ergebnisse der Strukturbetrachtung strategisch für Gespräche mit der Hochschulleitung nutzen kann.

„Trotz der Komplexität des Instrumentes blieb ausreichend Zeit, sich intensiv mit den Inhalten auseinanderzusetzen und in praxisnahen Übungen für die eigene Hochschule Rückschlüsse zu ziehen. Besonders wertvoll empfand ich dabei den Erfahrungsaustausch untereinander,“ so Catharina Döhler, Koordinatorin für Hochschulgesundheit an der HTW in Dresden.

Eine weitere dreiteilige, dialogorientierte Workshopreihe ist ab Juni 2026 geplant. Interessierte Hochschulen können sich bereits jetzt bei ihren TK-Berater:innen oder bei HIS-HE melden.

Auch die aktive Beratung von Hochschulen durch die Unterstützung von Mentor:innen unter Zuhilfenahme des Reflexions- und Entwicklungsinstrumentes soll weitergeführt werden. Die Hochschulen haben dabei die Möglichkeit, das Instrument in Begleitung einer erfahrenen Gesundheitskoordinatorin oder eines Gesundheitskoordinators anzuwenden. In diesem gezielten Erfahrungsaustausch und Support liegt ein besonderer Mehrwert für die beteiligten Hochschulen. Das Motto dieses Vorgehens lautet: „Beratung von Hochschulen für Hochschulen.“ Auch hier ist bei Interesse eine Kontaktaufnahme über die Berater:innen der TK und HIS-HE gewünscht.

Link zur Projektseite und zum Reflexionsinstrument:

<https://his-he.de/projekte/auf-dem-weg-zur-gesunden-hochschule-mentorinnenprogramm-mit-reflexionsinstrument/>

Bei Interesse an weiteren Informationen und an einer Teilnahme an der Workshopreihe wenden Sie sich gerne an Karin Binnewies.

✉ binnewies@his-he.de

■ Zwischen Denkmalschutz, Klimaschutz und Zukunftsfähigkeit

Marco Unterhaslberger, Bauliche Hochschulentwicklung

Rückblick auf die Vorträge der Fachbeiratstagung Hochschulbau am 15./16. Mai 2025 in Bonn

Im Rahmen der Frühjahrstagung des Fachbeirates Hochschulbau standen drei Fachvorträge im Mittelpunkt, die sich dem Spannungsfeld zwischen Baugeschichte, Denkmalschutz und den Anforderungen eines zukunftsfähigen Hochschulbaus widmeten.

Architekturgeschichte als Ressource und Herausforderung

Den Auftakt machte Prof. Dr. Sonja Hnilica (TU Dresden) mit einem Rückblick auf die Architekturgeschichte des Hochschulbaus. In den Jahrzehnten nach 1945, insbesondere zwischen 1960 und 1980, erlebte die Bundesrepublik einen beispiellosen Bauboom. Die Zahl der Studierenden verzehnfachte sich – neue Universitäten wurden gegründet, bestehende massiv erweitert. Entstanden sind serielle Bauten wie an der Ruhr-Universität Bochum oder das Marburger Bausystem, das Skalierbarkeit und Wiederverwendbarkeit vorsah. Nordrhein-Westfalen reagierte mit dem Bausystem „NRW 75“, das binnen fünf Jahren 50.000 Studienplätze realisierte. Auch Megastrukturen – etwa die „Rostlaube“ der FU Berlin – oder integrale Planungsansätze wie an der Universität Bielefeld waren Ausdruck dieser Phase.

Heute stehen viele dieser Gebäude unter Denkmalschutz, gelten jedoch aus technischer und energetischer Sicht als problematisch. Häufig fehlt es an Sanierungsperspektiven, die sowohl den Anforderungen der Denkmalpflege als auch der heutigen Nutzungspraxis gerecht werden. Prof. Hnilica plädierte für einen systemischen Denkmalschutz, der Schadstoffe, Wärmebrücken und Umbaufähigkeit integriert. Best-Practice-Beispiele zur Sanierung komplexer Hochschulbauten seien rar – umso wichtiger sei ein interdisziplinärer Forschungs- und Erfahrungsaustausch. Kritisch diskutiert wurde zudem, ob ein digitaler Erhalt ausgewählter Bauten künftig eine Option darstellt, um zwischen Substanzerhalt und Funktionalität zu vermitteln.

Denkmalschutz im Spannungsfeld von Klimazielen und Portfoliostrategie

Kerstin Böhnke-Obermann vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) erläuterte in ihrem Vortrag die Praxis des Bauens im Bestand aus Sicht der Eigentümerseite. Der BLB NRW betreut rund 4.100 Gebäude mit über 10 Mio. m² BGF, darunter etwa 700 denkmalgeschützte Objekte – die Mehrheit davon Hochschulgebäude. Die Aufgaben umfassen Planung, Bau, Betrieb, Verwertung und Beratung der Nutzer:innen. Der Zielkonflikt zwischen Denkmal- und Klimaschutz, zwischen technischer Machbarkeit und wirtschaftlicher Tragfähigkeit, prägt dabei die tägliche Arbeit.

Mit Programmen wie HMoP oder HKoP investiert das Land NRW in energetische Modernisierung und nachhaltige Sanierung. Doch Nachkriegsbauten stellen eine besondere Herausforderung dar: Schadstoffbelastungen, geringe Geschosshöhen oder statische Grenzen lassen sich nicht beliebig „modernisieren“. So werden in vielen Fällen Ersatzneubauten nötig – wie etwa für Labore an der Ruhr-Universität Bochum. Der Schutz ganzer Campus-Silhouetten erschwert zusätzlich Eingriffe.

Ein zentrales Beispiel stellt die Sanierung des RWTH-Hauptgebäudes dar, die im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens als Pilotprojekt organisiert wurde. Ziel ist es, Blaupausen für die Sanierung weiterer denkmalgeschützter Hochschulbauten zu entwickeln – mit klarem Fokus auf Effizienz, Aufenthaltsqualität und Flächennutzung. Der BLB NRW setzt dabei auf serielle Sanierung, flexible Nutzungskonzepte und eine Intensivierung des Dialogs mit den Hochschulen zur Bewertung der Flächenpotenziale.

Pilotprojekt Hauptgebäude Universität Bonn: Denkmalpflege und Nutzungsflexibilität

Monika Clemens (Universität Bonn) stellte das komplexe Sanierungsprojekt des denkmalgeschützten Hauptgebäudes der Universität Bonn vor. Die Universität nutzt 346 Gebäude, davon zahlreiche im Körperschaftsvermögen und mit erheblichem denkmalpflegerischem Wert. Ziel der laufenden Maßnahmen ist es, ein zukunftsfähiges Gebäudeensemble zu schaffen, das historische Substanz bewahrt und gleichzeitig Raum für Kommunikation, Flexibilität und Nachhaltigkeit bietet.

Im Zentrum des Projekts steht der „denkmalpflegerische Begleitplan“ – ein strukturiertes, transparentes Instrument zur Bewertung und Dokumentation der historischen Substanz. Kartierte Bauphasen, farbcodierte Grundrisse und Fassadenpläne, ein Raumbuch sowie ein Bauteilkatalog wurden erarbeitet. Die vier Wertekategorien (A–D) erlauben eine differenzierte Abwägung zwischen Erhalt und Anpassung. Ziel war es, die Expertise der Denkmalpflege frühzeitig einzubinden, Genehmigungsprozesse zu beschleunigen und Vertrauen zu schaffen.

Dabei wurde betont, dass die denkmalrechtliche Genehmigung letztlich immer eine Abwägungsentscheidung bleibt – die in Bonn durch detaillierte Vorbereitung flankiert wurde. Auch Fragen der Nachhaltigkeit (z. B. Low-Tech-Ansätze, Open-Space-Konzepte) und der Integration in die Stadtgesellschaft wurden berücksichtigt. Die Universität Bonn zeigt hier beispielhaft, wie sich Planungstiefe, Transparenz und Partizipation im Umgang mit komplexem Baubestand gewinnbringend vereinen lassen.

■ „Flächensuffizienz an Hochschulen. Wie gelingt die Umsetzung?“

Eva Bönsch, Bauliche Hochschulentwicklung

In aktuellen Hochschulentwicklungsplanungen steht das Thema Flächensuffizienz zunehmend im Fokus. Die Praxis zeigt, dass Hochschulen an unterschiedlichen Punkten der Suffizienz-Umsetzung stehen und, dass sowohl Erfolg als auch Akzeptanz der Flächensuffizienz im Hochschulkontext von unterschiedlichen Akteuren und Faktoren bedingt werden. (Der Artikel stellt die Inhalte eines Vortrages von Eva Bönsch und Thomas Warsitz (beide HIS-HE) beim Fachbeirat Hochschulbau dar.)

Bauliche Entwicklungsplanung – Potenziale identifizieren

Im Rahmen der baulichen Entwicklungsplanung wird deutlich, dass insbesondere Büroflächen, aber auch experimentelle Flächen, sowie Lehr- und Lernflächen, Potenziale für die Nutzung des Prinzips „Flächensuffizienz“ enthalten.

In zukunftsfähigen Flächenprogrammen sind nicht nur die hochschul- und fachspezifischen Anforderungen abgebildet, wie beispielsweise fach- und funktionsabhängig gestaltete Büro- und Laborflächen, sondern es werden neue Arbeits- und Lehr-/Lernkonzepte berücksichtigt und diese mit den Suffizienz-Zielen der Länder zusammengeführt. Dabei geht es darum, siloartige Strukturen aufzubrechen und Mehrwerte für die Nutzer:innen zu schaffen. Dies erfolgt beispielsweise in Form von Bereitstellung attraktiver und flexibel nutzbarer Büro- und Kommunikationslandschaften, dem Abbau redundanter Strukturen und Aufbau von Core Facilities oder einer optimierten Auslastung von Lehrräumen durch zentrale Raumvergabe.

Umsetzung in den Hochschulen – Kulturwandel, Management und Kommunikation

Der Wandel zu einem suffizienten Umgang mit Fläche gelingt, wenn viele Nutzer:innen in den Veränderungsprozess eingebunden sind. Um zukunftsfähige Hochschulflächen zu schaffen, ist es hilfreich, Ziele für die mitwirkenden Einrichtungen zu definieren sowie die qualitativen Anforderungen zu klären (z. B. in Stakeholder-Workshops oder mittels Nutzer:innenbefragung). Unter Kenntnis der Bestandsflächenpotenziale und bestehender Konzepte für Arbeit, Lehre und Lernen, lassen sich individuelle Raumportfolios und Flächennutzungskonzepte entwickeln.

Eine wichtige Gelingensbedingung ist, dass Hochschulen ihre Flächen eigenständig und flexibel steuern. Agiles Flächenmanagement kann die Auslastung steigern und Nutzer:innen mit für ihre Tätigkeit geeigneten Räumen versorgen. Ressourcen, die nicht mehr funktional erscheinen und/oder deren Betrieb nicht mehr wirtschaftlich ist, können in diesem Zuge identifiziert werden.

Den Hochschulleitungen obliegt die zentrale Aufgabe, die dafür erforderlichen Kapazitäten bereit zu stellen sowie entsprechende Kenntnisse in ihren Hochschulen aufzubauen. Fehlt diese, für den Prozess essenzielle Unterstützung (z. B. in Form aktiver Mitwirkung und Einbindung wichtiger Akteur:innen), kann der Wandel nicht gelingen!

Die zuständigen Ministerien der Länder können ihrerseits Flächensuffizienz in den Hochschulen fördern, indem sie konkrete Umsetzungshilfen/Leitlinien formulieren* und hochschulinterne Flächensteuerung einerseits unterstützen und andererseits einfordern (z. B. in Form hochschulinterner Bedarfsplanung oder regelmäßigen Auslastungsuntersuchungen). Sinnvoll ist auch, Steuerungsverfahren und Raumvergabeberichtlinien an die aktuellen Bedingungen der Hochschulen anzupassen.

* Umsetzung von Leitlinien vgl. „Regularienkatalog Effizientes Flächenmanagement“ (2019) und „Regularienkatalog Effizientes Auslastungsmanagement“ (2024) in Baden-Württemberg. Hierbei handelt es sich um intern vom MWK Baden-Württemberg an die baden-württembergischen Hochschulen verteilte Empfehlungen und Vorgaben.

Diese Arbeitshilfen wurden mit dem Hinweis an die Hochschulleitungen gegeben, dass diese – im Kontext der weiteren hochschulspezifischen Aufgaben und Randbedingungen – an den Hochschulen eingeführt bzw. fortgesetzt werden sollten. Beide Dokumente sind nicht veröffentlicht, können aber mitunter beim Land angefragt werden.

Fazit

Flächensuffizienz umzusetzen, ist ein entscheidender Beitrag, um die gesetzten Ressourcen- und Klimaschutzziele zu erreichen – das inkludiert auch die Flächen von Hochschulen. Flächensuffizienz zu implementieren, stellt Hochschulen vor diverse wie große Herausforderungen. Zugleich bietet sie reichhaltiges Potenzial, um neue Konzepte für verbesserte Arbeits- und Lernumgebungen zu realisieren („New Work“, „New Learning“) und die Wirtschaftlichkeit ihrer Gebäuderessourcen zu steigern (Abbau Sanierungsstau). Praxisnahe Ländervorgaben zur Flächensuffizienz sind zur Initialisierung sinnvoll. Diese sollten über globale Einsparziele hinaus, konkrete Anhaltspunkte zur Umsetzung durch die Hochschulen beinhalten, z. B. über ein hochschulinternes Flächenmanagement, bei dem zentrale Aspekte klar definiert sind (Good Practice: „Regularienkatalog für ein effizientes Auslastungsmanagement“, MWK Baden-Württemberg, 2024).

Die Hochschulen ihrerseits brauchen, auskömmliche (personelle) Kapazitäten, Freiräume und Kompetenzen, um ihre Flächen nachhaltig zu steuern und Einsparziele im Rahmen von Suffizienzvorgaben erreichen zu können. All das gelingt nicht von jetzt auf morgen, daher erscheinen Übergangsregelungen und -zeiten für die Umsetzung sinnvoll.

Zusammenfassungen von weiteren Vorträgen des Fachbeirats Hochschulbau zum Thema Flächensuffizienz finden Sie auf unserer Webseite unter: https://his-he.de/wp-content/uploads/2025/08/MBL_2_2025_Zusatztext.pdf.

Veranstaltungsankündigungen

Forum Energie

22.-24.09.2025 in Clausthal-Zellerfeld
(Anmeldeschluss 01.09.2025)

OER im Zeitalter von KI 2025

06.11.2025 (online)

Forum Hochschulbau

Herbst 2025 (online)

Thema „Hochschulische Arbeits- und Bürowelten der Zukunft“

Forum Gebäudemanagement

04.-05.03.2026 in Hannover

Hinweise zu den HIS-HE-Veranstaltungen finden Sie unter:

<https://medien.his-he.de/veranstaltungen/ankuendigungen>

Impressum

HIS-HE:Mitteilungsblatt
Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz
36. Jahrgang
erstmalig 1989 als HIS Mitteilungsblatt Gefährliche Stoffe und Abfälle in Hochschulen erschienen

Herausgeber:
HIS-Institut für Hochschulentwicklung e. V. (HIS-HE)

Geschäftsführende Vorständin:
Dr. Grit Würmseer
Vorstandsmitglieder: Dr. Stefan Niermann (Vorsitz),
Michael Döring, Sabrina Kriewald

Registergericht:
Amtsgericht Hannover | VR 202296
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:
DE297391080

Redaktion:
Philipp Nußbaum – verantwortlich, Dr. Ingrid Ostermann,
Ralf-Dieter Person

Erscheinungsweise und Bezug:
Dreimal im Jahr
ISSN 2190-7765 HIS:Mitteilungsblatt
(Internetveröffentlichung)

Gestaltung, Satz und Kontakt:
Ilona Schwerdt-Schmidt
schwerdt-schmidt@his-he.de
0511 169929-62

Internet:
<https://his-he.de/mediencenter/publikationen/>